

hardtshelm und
Konsum 10,25
Konsum 14,08
Konsum 17,48
ffestube „Erika“.
große Verkehrs-
rege Benutzung
dungen zwischen
n. — Der Fahr-
shelm 75 Pf.
s und halten in
ecke. Fahrpläne
u haben.
stig in jeder
Buchhandlung
und ausführlichem
fanges kaum aus
man es zu Ende
ist, liegt man es
nds Erneuerung.)
rter Zeitung, vom
schule für Politik
nister herrscht nur
mste Empfehlung!
in Göttingen.
5
ußland.
Exempl. an 40 Pf.
umenten, die sonst
er ein graues
praktisch entwirft. Es
wetteisten Kreisen
in W 9.
6
sgrund
inwand 6,50 Marl.
uch des bekann-
n dem Ewigen!
Braunschweig
Anstalt
Erholungsheim
und Ebert
nstein-Hochhaus
it Brauns-
kuren. Prosp. frei
ark!
er Roem.
25 Stück in
RM. 10,—
RM. 9,75
1 St. RM. 1,75
10 St. RM. 19,—
RM. 4,—
n. a. Farben-
Nachnahme
it 2. Je früher,
er Roem. Ober-
mit Kultur-
hulen
tragen
st an
Bielefeld
Gegr. 1888
raphen
er
hausstr. 3. Tel. 955
nd Weltpolitik: Dr.
n Bethel. Zuschriften
ach 28. Für Geb-
„Aufwärts“, Christ-
ruf! 3911/3916, Amt
stalt Bethel.

Aufwärts

Bezugspreis:
Erscheint wöchentlich sechsmal. — Preis monatlich 1.35 und
0.90 Beleghe, beim eigenen Postamt bestellt. — Für
Ausland unter Streifenband 1.60 (inkl. Postgeld). Preis der
Eingelnummer 10 Pf. Postfachkonto Hannover 87 377.

Christliches Tageblatt
mit den Beilagen „Für Herz und Haus“,
„Kindergabe“ und „Unser Ziel.“

Anzeigenpreis:
Die einseitige Millimeterzeile oder deren Raum 10 Pfennig.
Reklame 30 Pf. Beilagen unter 25 g je tausend 15 Pf.
Schluß der Anzeigenannahme nachmittags 3 Uhr. Postfach-
konto Hannover 87 377.

Nr. 85.

Bielefeld-Bethel (Verlagsort Bielefeld) Donnerstag, den 10. April 1930.

12. Jahrgang.

**Durchs Dunkel dieser Tage
Führt uns die starke Hand,
Die schon so manche Plage
Von uns hat abgewandt;
Die uns bisher hielt fest,
Und wenn auch Wetter krachten,
Die uns zum Zittern brachten;
Die Hand uns nimmer läßt.**

Süßen.

Umschau.

- Moskau, die Zentrale des organisierten Antitheismus. -

Im Bürgerhaus zu Dortmund hielt gestern der Privat-
dozent Dr. Koch-Wien, einer der besten Kenner des öst-
lichen Kulturproblems, einen Vortrag über Sowjetrußland.
Herr Dr. Koch hat sich jahrzehntelang mit dem Ostproblem
beschäftigt und ist nicht davor zurückgeschreckt, seine
theoretischen Forscherarbeiten durch langjähriges ureigen-
stes Erleben inmitten des Sowjetreiches — sei es als Ar-
beiter, sei es als höherer Offizier der roten Armee — auch
praktisch zu vertiefen und zu ergänzen. Bei der ungehe-
uren Bedeutung des Ostproblems werden es unsere Leser
entschuldigen, wenn wir die heutige „Umschau“ mit dem
wesentlichsten Inhalt des Kochschen Vortrages füllen.

Herr Dr. Koch schaltete bei seinem Referat die wirt-
schaftliche sowie die parteipolitische Problemstellung des
Bolschewismus von vornherein aus und konzentrierte sich
auf den kulturpolitischen Kern des Sowjetsystems. Bol-
schewistische Kulturpolitik — das ist Kampf
gegen alle religiösen Regungen, das ist — ganz im Sinne
von Karl Marx — planmäßige und bewußte Vernich-
tung aller religiösen „Vorurteile“, — das ist konzentrierte
Organisation und fanatische Propaganda des Anti-
theismus. Der Kampf gegen Gott ist in Sowjetruß-
land nicht nur der Programmpunkt einer Partei, sondern
ein wesentlicher Bestandteil der bolschewistischen Staats-
räson. Von Marx über Gorki bis hin zu Lenin ist alle
Religion immer dasselbe geblieben: Dummheit, Opium,
Seifenblase, Brechmittel. Neben den theoretischen Voraus-
setzungen gibt es auch eine ganze Reihe rein praktischer
Erwägungen, welche Moskau gezwungen haben, ge-
gen die Religion Stellung zu nehmen. Zunächst hatten
zwar die Bolschewisten alle Hände voll zu tun, um nach
dem Umsturz die alten führenden Klassen abzuschlachten
und die außenpolitische Lage des Sowjetreiches zu stabi-
lisieren. Großgrundbesitz, Feudaladel, Großbürgertum —
das alles existiert heute nicht mehr in Sowjetrußland.
Hinter all diesen Trümmern aber tauchte dann plötzlich
eine gewaltige Macht auf, mit der man nicht gerechnet
hatte: — Die gigantische griechisch-orthodoxe
Kirche Rußlands mit ihren 90 Millionen Mitgliedern.
Diese ungeheure, auf einer tausendjährigen Tradition
aufgebaute kirchliche Organisation war im großen und
ganzen durch die Wirren der Revolution unerschüttert ge-
blieben. Dieser gewaltige religiöse Block mußte selbstver-
ständlich so bald als irgend möglich zertrümmert werden,
wenn der atheistische Materialismus, der von den Marx-
isten zur Staatsräson gemacht worden war, sich auf die
Dauer durchsetzen sollte. Dies um so mehr, als die Kirche
schon wiederholt im Verlauf ihrer tausendjährigen Ge-
schichte das nationale Band um das riesige Russen-
reich mit seinen 170 nationalen Minderheiten gefestigt und
zusammengehalten, also ihre ungeheure Bedeutung auch
für die russische Staatspolitik praktisch unter Beweis ge-
stellt hatte.

Ueberhaupt liegen letzten Endes die geistesgeschicht-
lichen Wurzeln des Bolschewismus darin, daß der Bol-
schewismus selbst Religion sein will. Kreuz und
Halbmond sind abgeschafft, aber an ihre Stelle trat der
Sowjetstern! Gott ist abgeschafft, aber an seine Stelle
traten die marxistischen Produktionsbedingungen! Die
Erlösung im christlichen Sinne ist abgeschafft, aber an ihre
Stelle trat die Erlösung von der kapitalistischen Gesell-
schaftsordnung! „Wir glauben und ihr glaubt“, belehrte
ein Sowjetbeamter einen verhafteten Christen, „ihr
glaubt an den heiligen Sergius; wir aber glauben an
Marx! Euer Glaube an den heiligen Sergius nützt euch
nichts; unser Glaube an Marx nützt uns. Und nur das ist
ein rechter Glaube, der etwas nützt!“ An die Stelle unse-
rer christlichen Eschatologie ist die marxistische Eschatolo-
gie des „gefrorenen Materialismus“ getreten. Der Bol-
schewist sucht nichts im Jenseits, sondern alles im Dies-
seits, im sowjetistischen Einheitsstaat. Der Kampf um
diese letzten Dinge steht nicht nur dicht bevor, nein, er ist
bereits im vollen Gange. Dieser Kampf aber ist ernst-
lich als wir ahnen, auch wenn es schließlich nur eine kleine

Minderheit ist, die aber mit brachialem Terror die Macht
über die Volksmassen ausübt.

Die Initiative zu dem Religionskampf in Rußland ist
nicht von der orthodoxen Kirche ausgegangen, sondern
von den Sowjets. Die Kirche war für die Organisation
eines großen Gegenstoßes gegen die atheistische Propa-
ganda viel zu müde, viel zu gleichgültig, viel zu verkalbt.
Man kann die Kampfesmethoden der Bolschewisten in 3
Formen gliedern: Gewalt, Gesetz, Zersetzung — entspre-
chend ihrem dreifach gegliederten Ziel: Teilung (Zersplit-
terung), Unterwerfung, Vernichtung. Diese Methodik
wird klar am seitherigen Verlauf des bolschewistischen
Kampfes gegen den gewaltigen Block der russischen
Kirche.

Als im Jahre 1920/21 eine große Hungersnot den rus-
sischen Sowjetstaat heimsuchte, sollten die Kirchenschätze
zur Linderung der Not abgeliefert werden. Die Kirche
erklärte sich zur Abgabe der ungeweihten Kirchenschätze
bereit, bat aber bezüglich der geweihten Schätze um Ver-
handlungen. Moskau antwortete nicht, sondern putzte
kurzerhand die Volksmassen in demagogischer Weise
zum Kirchensturm auf, stieß aber mit diesem bru-
talen Vorgehen im ganzen Lande auf eiserne Ab-
wehr. Zwar suchte man einen offenen Ausbruch
dieser Empörung gegen die kirchenfeindlichen Maß-
nahmen durch drakonische Aburteilungen im Keime
zu ersticken, aber Moskau sah ein, daß die An-
wendung brutalster Gewalt nicht in allen Fällen ratsam
sei und verlegte sich auf eine andere Methode: Teilung
des kirchlichen Blockes! Im März 1922 wurde eine bol-
schewistenfreundliche orthodoxe Kirche verkündet. So
wurde der alte geschlossene Block planmäßig gesprengt
und nach und nach in eine Unmenge kleiner und ganz
kleiner Kirchen aufgelöst, so daß die ehemals so fest ge-
fügte russische Kirche heute ein wildes, unentwirrbares Chaos bil-
det. Zusammenhänge lassen sich vier Hauptgruppen unter-
scheiden: 1. Die konservative Gruppe, 2. die „freie Arbeiter-
kirche“, 3. die nationale Kirche (kaukasische nationale
Kirche, ukrainische Kirche) und 4. die Sektierer. Auch die
letzte Gruppe bildet ein völlig unübersehbares Wir-
rarr. Dem Bolschewismus ist also das Werk der Kirchen-
zerstörung in jeder Beziehung vollständig gelungen.

An die Zersplitterung der Kirche schloß sich dann als
nächste Etappe des Kampfes die Unterwerfung
durch das Gesetz. Zwar enthält das russische Kirchen-
gesetz gewisse Konzessionen an die Religionsgesellschaften
(vollständige Freiheit des Bekenntnisses usw.); aber diese
Konzessionen sind nur rein theoretisch zu bewerten. Prak-
tisch sind sie so gut wie ohne Bedeutung. So z. B. hat
der Staat das Recht, die Kirchen zu schließen, wenn die
örtlichen Verhältnisse (angeblicher Raumangel usw.) es
„erforderlich“ machen. Witherin liegt das Schicksal der Got-
teshäuser vollständig in der Hand der kommunistischen
Ortsbehörden oder einer Gruppe von Atheisten, welche
aus irgendeinem an den Haaren herbeigezogenen Grunde
die Sperrung der Ortskirche verlangen. Die religiöse Ge-
meinde darf ihre Kirche nur zu kirchlichen Zwecken be-
nutzen, der Staat aber darf jederzeit auch andere Veran-
staltungen (Kino, Theater, Parteiversammlungen usw.) in
den Gotteshäusern vornehmen. Brennt eine Kirche nieder,
so wird die fällige Versicherungssumme nicht an die betref-
fende Kirchengemeinde, sondern an die Sowjets ausbe-
zahlt. Alle religiöse Betätigung — von der Predigt bis
zum Läuten der Glocken — gilt als Luxusarbeit.
Somit hat der Bischof, der Priester, der Kirchendiener
weder aktives noch passives Wahlrecht; er gilt auch nicht
als würdig, irgend eine andere Stelle zu bekleiden; er ist
vollständig deklariert und darf z. B. auch nicht seine Kin-
der in die höheren Schulen schicken. Jede soziale Für-
sorge ist für die Kirche wie für alle Religionsgemein-
schaften verboten. Der Religionsunterricht ist in allen
öffentlichen Gebäuden verboten. Grundsätzlich darf er
zwar privat stattfinden; aber mehr als drei Personen
dürfen nicht daran teilnehmen, selbst wenn es sich um
Geschwister handelt. — Das sind nur einige wenige
Punkte aus dem russischen Kirchengesetz.

Den zersplitterten Kirchen aber blieb nichts anderes
übrig, als sich zu unterwerfen. Und nun folgte als letzte
Etappe die endgültige Zersetzung und restlose Ver-
nichtung. Die Handhabe hierzu bot wiederum das Ge-
setz. Neben einem gewissen, aber auch nur scheinbaren Ent-
gegenkommen gehen ungeheure gesetzliche Erschwern-
gen einher. Beispielsweise darf kein Ort — ob Dorf, ob
Stadt, ist gleich — mehr als eine Kirche, bzw. mehr als
einen einzigen Pfarrer haben. Der Besuch von Filialge-
meinden ist zwar theoretisch möglich, aber an derartige
behördliche Erschwernungen (Erlaubnis-scheine, maßlos hohe
Stempelgebühren usw.) gebunden, daß auch dieses Recht
praktisch ohne Bedeutung ist. Drakonische Maßnahmen

gegen unbequeme Geistliche schließen die Reihe und bilden
zugleich wieder den Vorwand zu weiterer Verfolgungs-
und Vernichtungsarbeit. Geduldet bleiben lediglich solche
Geistliche, die — wie unter vielen anderen auch ein 61-
jähriger Pape es tat — eine Erklärung unterschreiben,
daß die Religion jedem Kulturfortschritt im Wege stehe,
daß die Religion unsinniges Trugwerk sei und daß man
von nun an ein nützliches Glied des Sowjetstaates zu
werden verspreche.

Man darf jedoch über solche Leute nicht den Stab bre-
chen, ohne zugleich auch das ganze sowjetistische Milieu
zu berücksichtigen. Der Bolschewismus nämlich vernichtet
alles, was wir als sog. „bürgerliche Moral“ kennen. Diese
unfere „bürgerliche Moral“ existiert in Rußland nicht
mehr. Und das Zerlegen geht viel leichter, als das Auf-
bauen. Es lag eine tiefe Tragik in dem Bekenntnis des
Referenten, daß er selbst durch sein jahrelanges Verwei-
len in Sowjet-Rußland der bolschewistischen Zersetzungs-
gefahr in solchem Maße ausgesetzt gewesen sei, daß er
nach seiner Rückkehr noch nicht den Mut gefunden
habe, eine Familie zu gründen. Denn Familie und Ehe
sind Begriffe, die in Sowjetrußland einfach tot sind. Das
System der Reeducation auch in Pensionaten, Internaten
usw. ist ganz selbstverständlich. Knaben und Mädchen woh-
nen völlig zwanglos in diesen Erziehungsstätten zusam-
men. Die Fünftage-Woche mit ihrem, für die einzelnen
Sowjetbürger ungleich fallenden Ruhetag tut ein übriges,
um das russische Familienleben zu zertrümmern. Folge
des Zeitungsinferat besagt alles: „Arbeiter mit freiem
Diensttag sucht ebenförmige Frau und bietet Gattin mit frei-
em Mittwoch!“ Mit dieser geradezu erschütternden Ver-
nichtung der „bürgerlichen“ Moral geht die Vernichtung
des Gottesgedankens Hand in Hand. Mit zugkräftigen
Plakaten, Broschüren, Filmen und mit der fanatischen
Vernichtungsarbeit des „Bundes der Gottlosen“ werden
die Massen systematisch gegen alle Religion aufgebeht.
An die Stelle der Bibel ist die bolschewistische Bibel getre-
ten, in der z. B. Christus als „bourgeois“ überflüssiger Prä-
gung erscheint. Seine unvergängliche Lichtgestalt wird mit
Dingen beschmutzt, die wiederzugeben sich die Feder
trübt. Selbst die Nacht von Gethsemane wird zu einer
Episode erniedrigt, die den unbefleckten Sohn Gottes in
den widerlichsten Schmutz zu zerren sucht. Neben dieser
furchtbaren Zersetzung des Gottesbildes wird nur eine
biblische Person auf den Schild abgöttischer Verehrung ge-
hoben: Judas Ischariot! Judas Ischariot, der nach
der bolschewistischen Bibel der einzige Jünger war, der
Charakter hatte! Judas Ischariot, der würdig befunden
wurde, neben Lenin in Rußland die meisten Denkmäler
zu besitzen!

Alles in allem handelt es sich hier um das Aufkommen
einer Macht, deren dämonische Stoßkraft ohne Beispiel
ist. Der Kampf des „gefrorenen Materialismus“ gegen
Christus ist mitten im Gange. Wer siegen wird? — Mit
dieser Frage verlassen wir den Boden der Darstellung
und begeben uns auf das Gebiet der Geschichtsphilosophie.
So mag die Frage offen bleiben.

Herr Dr. Koch spricht, wie wir soeben erfahren, am
Freitagabend auch in Bielefeld (Altstädter Gemeinde-
haus) über Sowjet-Rußland. Nach dem tiefen Eindruck,
den das Dortmunder Referat dieses ausgezeichneten Ruß-
landkenners auf uns gemacht hat, möchten wir es nicht
unterlassen, die hiesigen Aufwärtsleser mit aller Wärme
auf diesen Vortrag hinzuweisen.

Zehn Jahre Neue Schule.

Von Armin Franke.

Schluß.

Wollen wir zu der vom Kinde aus orientierten Pädagogik grundsätzliche Stellung nehmen, so müssen wir
versuchen, das Wesen des Kindes auf einen möglichst
einfachen Ausdruck zu bringen.

Das Kind sieht sich bei erwachendem Bewußtsein sei-
nes Selbst der Natur gegenübergestellt: es gilt, sie zu
entdecken, erforschen, erobern, beherrschen, d. h. ihre
Stoffe, Wesen und Kräfte für seine Zwecke sinnvoll zu
verwenden. So durchlebt besonders der Knabe seine
Robinsonstufen, und je lebendiger und persönlicher das
geschieht, um so mehr wird das Streben nach Selbst-
tätigkeit in ihm mächtig. In der zielbewußten Ausver-
wertung dieser Erkenntnis liegt die Stärke der pädagogischen
Reform der Gegenwart. — Das Kind gewinnt aber auch
mancherlei Eindrücke vom Menschenleben, es erhält Ein-
blicke in die gegenwärtige Ordnung desselben, es hört
aus den Gesprächen der Erwachsenen und sieht aus den

Saar-Sabotage?

Wie verlautet, sind die deutsch-französischen Saarverhandlungen, die seit den Weihnachtsferien unter den Einwirkungen der französischen Regierungskräfte mindestens viermal zum Stillstand gekommen und ebenso oft wieder aufgenommen worden sind, erneut ins Stocken geraten. Der Grubenaustrich ist auf Schwierigkeiten gestoßen und hat es deshalb für angezeigt gehalten, den Termin seiner nächsten Sitzung nicht festzusetzen, um noch ungeklärte an der Lösung seiner "Probleme" herumdozieren zu können.

Ueber die Gründe der neuen Stockung erfährt man nur, daß die Vorschläge der deutschen und der französischen Mitglieder des Ausschusses immer noch so weit auseinandergehen, daß ein Vermittlungsvorschlag keine Aussicht hat.

Die Taktik der Franzosen — und das auffällige Schweigen der Pariser Presse bekräftigt diesen Eindruck — zielt deutlich darauf ab, durch das Beharren auf dem alten Standpunkt die deutsche Delegation zu zermürben, damit sie sich zu Zugeständnissen bereit erklärt. Bisher ist das nicht gelungen! Und es dürfte auch in Zukunft nicht gelingen, wohl aber geht bei einer derartigen Verhandlungsmethode unangenehm viel Zeit verloren.

Kann Deutschland ein weiteres Treiben der Saarverhandlungen in dem bisherigen Kurs noch dulden? Das weitere Verbleiben der vollbesetzten deutschen Abordnung in Paris hat doch nur noch einen Zweck, wenn endlich ein Ende der Saarverhandlungen abgesehen ist.

Aber auch sonst fordert das Verhalten Frankreichs Kritik heraus. Jedes zweite Wort der französischen Presse in bezug auf die Saarverhandlungen heißt "Sabotage" oder "Täuschung". Was sollen derartige "Sabotageaktionen", was soll das Gerede über wirtschaftliche Probleme in einer Angelegenheit, bei der es sich alles in allem doch hauptsächlich um die wirtschaftliche Lage handelt, sondern um die reichlich späte Wiedergutmachung des der Saarbevölkerung 1919 angetanen Unrechts?

Die Kohlenminen, wegen deren Zerstörung im Krieges Frankreich das Eigentum an den Saargruben erhalten hat, sind längst in verbesserter Form wieder aufgestellt und wieder in Betrieb. Stichtätige Gründe für die "Notwendigkeit" des Verbleibens französischer Kapitals im Saargebiet sind nicht beizubringen. Auch hat die Bevölkerung des Saargebietes schon vor Jahren in einmütiger Haltung zum Ausdruck gebracht, daß sie nur einen Wunsch hat, den nämlich, sofort und ohne jede Schmälerung ihrer Rechte in das Deutsche Reich heimzukehren. Und wenn Frankreich angesichts dieser klaren Sachlage Deutschland zumutet, ihm eine Art Mitbesitz an den Saarbergwerken zuzugestehen, dann ist das krasser Imperialismus.

Natürlich muß die französische Politik, wenn sie weiterhin auf die "Internationalisierung" der Gruben abzielt, nicht nur als ein neuer Versuch brutaler Machtpolitik gekennzeichnet, sondern auch durchkreuzt werden. Für Deutschland gibt es nur eine solche Lösung der Saarfrage, durch die die Saarbevölkerung in voller Freiheit wieder mit dem Reich vereint wird, von dem sie 1919 unter der Lüge von den "Saarfranzosen" gewaltsam losgerissen wurde.

Vordemher scheint die Sorge des französischen Ministerpräsidenten Laval aber weniger der Besetzung der Saarverhandlungen zu gelten, deren Ausgang doch ganz gewiß von bedeutender Bedeutung für das deutsch-französische Verhältnis sein wird, als vielmehr den kimmerischen Neffen der ehemaligen deutschen Rheinbesetzungen, deren Schleifung Frankreich nicht rasch genug vorantreiben kann. Wenn es zutreffen sollte, daß in einigen Monaten nicht mit größtem Eifer gearbeitet wird, dann ist das zumindest ohne Bedeutung. Einmal haben wir noch geraume Zeit, um zu den festgesetzten Terminen rechtzeitig fertig zu werden, außerdem handelt es sich hierbei um Nebenarbeiten.

Damit soll nicht gesagt werden, daß man es mit dieser Kleinarbeit nicht so genau zu nehmen braucht. Andererseits wollen wir aber auch nicht verhehlen, daß die Frage der Munitionsdepots bei Mainz und Rühl von der deutschen Bevölkerung, die die französischen Übergriffe der letzten Jahre noch nicht vergessen hat und die immer wieder an der Vertragstreue Frankreichs zweifeln mußte, als eine Schikane empfunden wird, die bei allen inzwischen erfolgten Abwägungen besser unterblieben wäre.

Abbeorderung französischer Truppen aus Trier.

Nach einer Mitteilung der Reichsbahndirektion Trier sind in den letzten Tagen 1515 Mann der in Trier stationierten französischen Besatzungstruppen abbeordert worden. Neu angekommen in Trier sind 300 Wehrmänner und 35 Mann Ausbildungspersonal; die Besatzungstärke hat sich somit um 1180 Mann vermindert.

Ein neuer Mitz-Prozeß.

Beginn der Verurteilungsverhandlung.

Am heutigen Mittwoch beginnt vor dem Appellationsgericht in Rattowitz die Verurteilungsverhandlung gegen den geschäftsführenden Vorsitzenden des Deutschen Volksbundes und früheren Abgeordneten Otto Mitz. Damit wird vor der Öffentlichkeit zum zweiten Male die Frage behandelt, ob Mitz bzw. der von ihm geleitete Volksbund irgend welche gegen Polen gerichtete Handlungen unternommen hat. In dem ersten Prozeß, der im Juli 1929 stattfand und mit einer Verurteilung des Abgeordneten Mitz zu fünf Monaten Gefängnis mit zweijähriger Bewährungsfrist endete, war als einziges "Beweisdokument" für die Anklage die Photographie einer gefälschten Bescheinigung vorgelegt worden.

Am heutigen Morgen haben Vorbereitung und Durchführung des Prozesses in erster Instanz klar bewiesen, daß es sich bei diesem Prozeß um eine Aktion gegen die deutsche Minderheit handelt, deren vom Völkerbund anerkannte Vertretung — der Deutsche Volksbund — auf diese Weise diskreditiert werden soll! Da man schließlich gegen den Volksbund nichts unternehmen konnte, hat man unter nichtigen Vorwänden seinen Geschäftsführer vor den Rabi gekerrt.

Doch noch Auflösung?

Ausschuß ändert Steuergesetze.

Bekämpfung der Zundersteuer. — Abkündigung der Tabak- und der Mineralwassersteuer.

— Berlin, 9. April.

Bei der Beratung des Deckungsprogramms der Reichsregierung im Steuerausschuß des Reichstages gab es eine Pause. In der Abstimmung über die einzelnen Vorlagen wurde die Tabaksteuernovelle und die Vorlage über die Wiedereinführung der Mineralwassersteuer mit großer Mehrheit abgelehnt. Für die Tabaksteuernovelle stimmten nur die Regierungsparteien, für die Mineralwassersteuer noch nicht einmal alle Regierungsparteien. Angenommen wurde dagegen die Zundersteuernovelle; der Zeitpunkt ihres Inkrafttretens wurde auf den 1. Mai verlegt.

Am heutigen Mittwoch will der Ausschuß die Beratung der Deckungsvorlagen zum Abschluß bringen.

Mit den Beschlüssen des Steuerausschusses ist eine Lücke im Finanzprogramm der Reichsregierung entstanden; dazu hat der Ausschuß fast sämtliche Vorlagen der Regierung von Grund auf verändert, so daß das vom Reichsfinanzminister als unbedingt notwendig bezeichnete Auskommen bei keinem Gesetz erreicht werden wird. Es besteht aber die Möglichkeit, daß das Plenum des Reichstages die Ausschlußbeschlüsse korrigiert und die Regierungsvorlagen in ihrer ursprünglichen Fassung wieder herstellt.

Zunächst herrscht jedoch ein ziemliches Durcheinander. Wahrscheinlich wird es bis zum letzten Abstimmungstag unsicher bleiben, ob die Parteien sich zu einer einheitlichen Meinung zusammenfinden werden, die der Regierung die Ausbringung der Summen ermöglicht, die sie für die Sanierung der Finanzen angefordert hat.

Vorbereitungen für die Auflösung.

Ueberleitungsgezet für die Strafrechtsreform?

Im „Strafrechtsausschuß“ des Reichstages erklärte der Vorsitzende dieses Gremiums, Prof. Dr. Kahl, man müsse erneut mit der Auflösung des Reichstages rechnen. Um das bereits weit geförderte große Gesetzgebungswerk der Strafrechtsreform in diesem Falle nicht erneut zu gefährden, befragte Prof. Dr. Kahl die Verabschiedung eines Gesetzes, wonach, falls der Reichstag aus irgend einem Grunde die Strafrechtsreform nicht mehr durchführen kann, die bisherigen Entwürfe zur Strafrechtsreform in ihrem jetzigen Zustand dem neuen Reichstag ohne neue Beratungsjahres wieder vorgelegt werden sollen.

Gaststättengezet angenommen.

Gegen die Stimmen der Wirtschaftspartei und der Kommunisten.

— Berlin, den 8. April 1930.

Der Reichstag führte heute die zweite und dritte Lesung des Gaststättengesetzes zu Ende und begann danach die erste Lesung der Gesetzesentwürfe zum vorläufigen Finanzhaushalt. Das Gaststättengezet wurde in einfacher Abstimmung gegen die Stimmen der Wirtschaftspartei und der Kommunisten angenommen. Das Gezet, das am 1. Juli in Kraft tritt, bringt die Einführung einer Reichs-Polizeifunde — die auf 1 Uhr nachts festgesetzt wurde —, ermächtigt die Landesbehörden zum Verbot des Alkoholausschanks an Wähl- und Wahlzähltagen und bestimmt ferner, daß Forderungen eines Gastwirts aus dem wiederholten Verkauf von Alkohol auf Kredit nicht einklagbar sind.

Abgelehnt wurde der Antrag der Bayerischen Volkspartei, wonach die Festsetzung von Richtlinien für die Bedürfnisprüfung bei der Erteilung von Schankkonzessionen den Ländern überlassen bleiben soll. Ebenso wurde die Wiederherstellung der Relationsabstimmung für Konzessionen mit großer Mehrheit abgelehnt, desgleichen der Antrag D. Kahl (D. Vp.) auf Erreichung der Bestimmung, daß die Konzession nicht erteilt werden soll, wenn zu erwarten ist, daß der Antragsteller die Arbeiterschutzbestimmungen nicht befolgen werde.

Angenommen wurde mit den Stimmen der Linken und der Deutschnationalen ein Antrag D. Strathmann (DnL), wonach bei Schul- und Jugendfesten sowie bei Sportfesten, an denen überwiegend jugendliche Teilnehmer sind, ein vorübergehendes Bedürfnis für den Ausschank geistiger Getränke nicht anzuerkennen ist. Die durch Annahme dieses Antrages geforderte Ausdehnung besagte, daß das Bedürfnis „in der Regel“ nicht anzuerkennen sei. Im Himmelfahrt wurde mit 186 gegen 156 Stimmen ein Antrag Haag (DnL) angenommen, wonach der Ausschank von selbstgezeugtem Wein oder Apfelwein über die Höchstzeit von vier Monaten hinaus bis höchstens sechs Monate gestattet sein soll, wo dies bisher nach Landesrecht zulässig war.

Paragr. 14, der die Polizeifunde einheitlich auf 1 Uhr festsetzt, wurde unter Abkündigung der Streikungsanträge der Wirtschaftspartei in der Ausschlußfassung angenommen. Abgelehnt wurde der sozialdemokratische Antrag auf Streichung der Bestimmung, daß bei Vorlagen besonderer rechtlicher Verhältnisse Ausnahmen durch die oberste Landesbehörde zugelassen werden können.

In der dritten Lesung des Gaststättengesetzes erklärte Abg. D. Kumm (Christl.-Nat. Arb.-Gem.), die Beschlüsse der zweiten Lesung könnten seine Freunde zwar nicht voll befriedigen, aber auch so bedeute das Gezet einen Fortschritt.

Angehenerliche Geschäfte.

Entfaltungen über die Gütskäufe des Stadtrats Busch. — Böh als Zeuge.

— Berlin, 9. April.

Der Erbkassenausschuß des Preussischen Landtags setzte seine Erhebungen über die eigentümlichen Grundstücksgeschäfte des Stadtrats Busch fort. Die Untersuchung des Kaufs des Gutes Wiesdorf ergab, daß die Eigentümern Erben dieses Gut für 5,3 Millionen Mark an Berlin verkaufen wollten. Oberbürgermeister Böh wollte das Geschäft machen, Stadtrat Busch lehnte jedoch ab, weil der Preis „zu teuer war“, und — jedoch ab, weil der Preis „zu teuer war“, und — kurze Zeit später kaufte Busch das Gut für die Stadt zum Preise von 6,65 Millionen Mark! Inzwischen hatte sich freilich die „Gewerkschaft Hildegard“ in das Geschäft eingeschaltet.

Der ehemalige „Generalsbevollmächtigte“ der „Gewerkschaft Hildegard“, Stetzel, gab zu, die „Gewerkschaft Hildegard“ lediglich deshalb gekauft zu haben,

um das Geschäft mit Gut Wiesdorf zu machen. Sein Gewinn bei diesem Geschäft in Höhe von 1,3 Millionen Mark sei für Provisionen und Unkosten wieder draufgegangen.

Unter allgemeiner Spannung begann dann die Vernehmung des Oberbürgermeisters Böh. Ueber die Einschaltung der „Gewerkschaft“ konnte Böh keine Angaben machen. Den Preisunterschied führte er auf die allgemeine Preissteigerung für die in der Nähe der Reichshauptstadt gelegenen Grundstücke — Bodenbewegung — zurück. Die Frage, ob beim Wiesdorf-Geschäft Mittel für Zwecke der Festspielwoche abgezweigt worden sind, glaubt Böh verneinen zu können.

Die neuen Agrarvorlagen.

Verabschiedung im Kabinett.

Das Reichskabinett brachte seine Beratungen über das Gezet zum Schutze der Landwirtschaft zum Abschluß. Im Anschluß an die Kabinettsitzung wurden die Vertreter der Regierungsparteien zur Unterrichtung über die Beschlüsse der Reichsregierung empfangen.

Die Agrarvorlagen sollen als Initiativanträge der Regierungsparteien in den Reichstag eingebracht werden. Dem Reichstag wird das Gezet zum Schutze der Landwirtschaft erst nach der Verabschiedung im Reichstag zugehen.

Angesichts der Fülle der noch zu bewältigenden Arbeit dürfte der Reichstag bis Dienstag tagen.

Uebereinstimmung der Parteiführer über die Agrarfrage.

— Berlin, 8. April. Amtlich wird mitgeteilt: In der heutigen Nachmittagsitzung wurden die Beratungen des Reichskabinetts über die Agrarfragen zu Ende geführt. Sie ergaben eine völlige Einigung über den Entwurf eines „Gesetzes zum Schutze der Landwirtschaft“.

Die endgültige Stellungnahme der Parteien wird, wie aus parlamentarischen Kreisen mitgeteilt wird, vom dem Schicksal der Deckungsvorlagen der Reichsregierung und des Arbeitslosenkompromisses abhängen.

Englands Bündnispflichten.

Nachricht Briand nach London. — Eine neue Formel für den Sanktionsartikel.

Der französische Außenminister Briand ist von Paris nach London zurückgekehrt. Wie verlautet, bringt Briand die Zustimmung des französischen Ministerrats zu einer neuen englisch-französischen Formel über die Auslegung des Artikels 16 der Völkerbündnisverträge mit.

In französischen Kreisen betrachtet man diese Formel als einen diplomatischen Sieg Frankreichs, und vertritt sogar die Auffassung, daß diese Formel, losgelöst von den Ergebnissen der Flottenkonferenz, bei zukünftigen Genfer und anderen diplomatischen Verhandlungen Anwendung finden könne. Die englische Regierung dagegen steht auf dem Standpunkt, daß die Interpretationsformel lediglich einen Teil jener Konzessionen darstellt, die England als Preis für einen Fünfmächtepakt und eine wesentliche Herabsetzung der französischen Tonnageforderungen zu zahlen bereit ist. Unabhängig hiervon werde England seine Zustimmung zu dieser Formel keineswegs erteilen, sie stehe und falle also mit dem Fünfmächtepakt.

Danach scheint der Streit um die Auslegung der „Auslegungsformel“ schon jetzt munter im Gange zu sein. Um so mehr Veranlassung für MacDonald, den Lord Lloyd Georges zu beherzigen, nach dem „schon die Tatsache allein, daß irgendeine Formel oder ein Vorschlag von der Regierung in Worte gefaßt werde, später die unheilvollsten Folgen für England haben kann, ohne daß die Regierung gegenwärtig sich dessen bewußt sei.“

Der Wortlaut der neuen Formel über die Auslegung des Artikels 16 ist noch nicht bekannt. Im wesentlichen handelt es sich aber um die Uebereinkunft einer Garantieverpflichtung von England gegen Frankreich.

Moskau rüstet zum 1. Mai.

Die Komintern hat einen neuen Termin für den Bürgerkrieg.

— Kowno, 9. April. Die kommunistische Internationale hat, wie aus Moskau gemeldet wird, einen Aufruf erlassen, in dem sie sämtliche kommunistischen Parteien in Europa und Amerika zu Kundgebungen am 1. Mai gegen das Kapital und die bürgerlichen Regierungen auffordert. Die kommunistische Bewegung müsse endlich den Angriff gegen das Bürgertum eröffnen und der 1. Mai habe als Beginn des Bürgerkrieges zu gelten. Alle kommunistischen Organisationen des Auslandes sind angewiesen worden, an der Kundgebung der Internationale teilzunehmen.

Bethel.

— E. V. J. M. Bethel. Unsere Bibelfunde fällt am Freitag aus. Wir beteiligen uns möglichst zahlreich an der evangelischen Kundgebung gegen die Unterdrückung unserer Glaubensbrüder in Rußland (Altstädter Gemein-

dehaus, Grünstraße, um 8,15 Uhr). Es spricht Herr Dr. Koch aus Wien über den „Weltanschauungskampf in der Sowjetunion“. Zur Deckung der Unkosten werden 20 Pfennig erhoben. Treffpunkt: Telefonhäuschen 7,50 Uhr.

Wir weisen auf den Jugend-Passionsgottesdienst am

15. 4. abends 8,15 Uhr in der Altstädterkirche hin, zu dem das Jungvolk herzlich eingeladen wird.

— Die Bethelkanzlei befindet sich von Donnerstag den 10. ds. Mts., ab wieder Königsweg 4.

Bethelkanzlei.



Dies ist das Zeichen der guten Uhr.
Herrn- und Damenuhren — Armbanduhr
Große Auswahl in allen Preislagen.

H. Breder, Bielefeld

Gütersloherstr. 14 Fernsprecher 1012

Geschenke

in
Porzellan * Glas
Kristall * Keramik

kaufen Sie vorteilhaft
in größter Auswahl
bei

F. Consbruch

Obernstraße 9.

Liebhaver-Photographen

decken ihren Bedarf in der

Photo-Handlung König, Bielefeld, Rathausstr. 3. Tel. 955



Künstliche Glieder,

orthopädische
Apparate u. Schuhe

sowie

Bandagen

werden in bester
Ausführung in der

Kunstgliederwerkstatt
des Heilgartens
Bethel bei Bielefeld

angefertigt.

Auskunft und Beratung
jederzeit.

Schriftleitung: W. Kraa; Wirtschafts- und Weltpolitik:
Dr. G. Guttel; Anzeigen: R. Diekmann; alle in Bethel.

Du kommst sehr schnell und leich zum Ziel,
sofort Du ein Seifenpulver Marke „Miele“.



Dr. Thompson's
Seifenpulver Marke Schwan

Suche möglichst bald ein from-

mes, kindert., jung. Mädchen als

Haustochter

in unser ganz schlichtes Landpfarr-

haus zur Hilfe bei vier kleinen

Kindern.

Fr. Pfarrer H. von Bingen,

Theerwisch, Ostpreußen-Süd.

Der Vorsitzende eines Jüng-

lingsvereins des Siegerlandes

sucht für einen Untersekundaner

bestimmungsfähigen

Lehrstelle

in einem christlichen Haus, Manu-

facturwaren oder gemischtem Ge-

schäft. Angebote unter A 6407

an die Geschäftsstelle d. Bl.

Gärtner,

24 Jahre, mit Praxis in ge-
mischten Kulturen und
Landschaft, möchte sich im
Obstbau weiter ausbilden,
zwecks Abfolgierung d. staatl.
Gartenbauanstalt zu Berlin-
Dahlem. Angebote an die
Geschäftsst. d. Bl. unt. A 6435.



Lignaufnambund Niedersachsen n. W., Lignaufnambund.

Größe und erfolgreichste Eigenheimbewegung Nordwestdeutschlands.

In 14 Monaten 192 zinslose Darlehen in Höhe von 2,5 Mill. RM. zugestellt

" 20 " 717 " " " " " 8,7 " " "

Altschlönering-Verkehr

Monte Mittwoch, den 9. April, abends 8 Uhr, im neuen Gemeindehaus, Bielefeld, Grünstr.

Referent: Ing. Max Schneider, Hannover.

Thema:

Zinslose Kredit für Lignaufnambund
Abfolgierung von Zinsbegriffen

Eintritt frei

Eintritt frei



**Billiger - gründlicher -
wirtschaftlicher**

besorgen Sie alle Putz- und Scheuerarbeiten mit
Henkel's Ata. Wie weggeblasen ist der Schmutz,
wenn Sie etwas Ata auf einen feuchten Lappen
streuen und damit die Sachen, sei es Holz,
Glas, Stein usw., putzen. Die sparsame Streu-
flasche reicht lange und kostet nur 20 Pfennig.
Lassen Sie sich noch heute Ata mitbringen!



putzt und scheuert alles

Hergestellt in den weltbekannten Persilwerken.

Kennen Sie schon das jüngste Erzeugnis der Persilwerke: Henkel's Aufwasch-, Spül- und Reinigungsmittel?